

Jürgen Trittin

## Für einen politischen Neuanfang

---

*Jürgen Trittin, geb. 1954 in Bremen, ist Sprecher des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.*

---

Die Bundesrepublik braucht eine neue, eine soziale und ökologische Politik. Die Herausforderungen eines neuen Jahrhunderts sind nicht mit den Konzepten von gestern und vorgestern zu bewältigen.

Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung der Gesellschaft, Versagen in der Umweltpolitik, ausufernde Staatsverschuldung, haltlose Versprechungen sind die Stichworte einer negativen Bilanz der Regierung Kohl.

Vieles muß sich ändern, wenn unser Land zukunftsfähig werden soll. Diese Veränderungen müssen eine gerechte Lastenverteilung zur Grundlage haben. Denn soziale Gerechtigkeit sichert die Zukunft der Demokratie. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat in den nächsten Jahren eindeutig Priorität.

Die grünen Alternativen weisen weit in das nächste Jahrhundert und sie zielen auf einen umfassenden politischen Neuanfang. Wir wollen die die Bundesrepublik ökologisch modernisieren. Wir wollen die Erwerbslosigkeit aktiv bekämpfen. Wir wollen den Sozialstaat durch Erneuerung sichern. Wir wollen die Demokratie ausbauen. Wir wollen eine Politik, die auch den Ländern im Süden und Osten gleichberechtigte Entwicklungschancen eröffnet.

### **Die Zukunft verlangt den Wechsel**

Noch nie gab es so viele Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Jugendlichen fehlen die Ausbildungsplätze, Studenten die Lehrbücher und Lehrangebote. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.

Die öffentlichen Haushalte sind kaputtgespart. Die privaten Vermögen Weniger florieren. Die Steuerpolitik fördert die Umverteilung zugunsten der Unternehmen und Vermögenden, die Normalverdiener belastet sie um so mehr.

Die Globalisierung mußte als standortgefährdendes Schreckgespenst für die Einschnitte ins soziale Netz herhalten. Tatsächlich hat die Bundesrepublik von der Globalisierung profitiert. Sie wurde Exportvizeweltmeister. Der Preis dafür ist hoch. Wachstum und Beschäftigung sind entkoppelt. Arbeit wurde verteuert. Weltmarktfähige Zukunftsbranchen wie die Solarindustrie wurden ins Ausland vertrieben.

CDU/CSU und FDP sind dabei, die Bundesrepublik auf einen Standort Deutschland herunterzuwirtschaften. Statt die Interessen aller Beteiligten demokratisch einzubeziehen, setzen sie auf Spaltung: Erwerbstätige gegen Erwerbslose, West gegen Ost, Gesunde gegen Kranke, Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen, Deutsche gegen Ausländer, Singles gegen Familien.

Wo das Gesetz des Stärkeren gilt, sind Haß und Gewalt nicht fern. Unter Kohl ist in Deutschland Rassismus wieder hoffähig gemacht worden. Fünf Jahre nach den Brandanschlägen von Solingen und Lübeck ist rechtsextremistische Gewalt weiter bitterer Alltag. Fünf Jahre nach der Abschaffung des Asylrechts müssen Menschen in Deutschland vor der Polizei in Kirchen Asyl suchen. Immer noch werden Millionen Bürgerinnen und Bürger die Staatsbürgerrechte verweigert. Flüchtlinge werden in eine unsichere Zukunft nach Bosnien abgeschoben.

### **Grün steht für eine neue Politik**

Wenn Politik gestalten und verändern will, braucht sie Leitbilder. Unsere Leitbilder für eine neue Politik sind: Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet zukunftsfähige Produkte und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren. Dafür müssen Arbeitskosten gesenkt und im Gegenzug muß der Verbrauch natürlicher Ressourcen verteuert werden. Nur zukunftsfähige Produkte werden auf Dauer Exportchancen sichern. Ökologisches Umsteuern sichert nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die Grundlagen der Wirtschaft.

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung erfordert, Arbeit zu teilen: Erwerbsarbeit, private Arbeit, gesellschaftliche Arbeit und freigewählte Tätigkeiten. Soziale Nachhaltigkeit erfordert aber auch die Beteiligung aller an gesellschaftlicher Arbeit und die Anerkennung dieser Arbeit durch die Gesellschaft.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen fit gemacht werden für das nächste Jahrhundert. Soziale Sicherheit kann nicht länger fast ausschließlich aus Erwerbseinkommen finanziert werden. Wir brauchen eine bedarfsdeckende, steuerfinanzierte soziale Grundsicherung. Die immer uneteter werdenden Erwerbsverläufe und die Veränderungen in der Altersstruktur erfordern eine grundlegende Rentenreform. Zur ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit gehört auch die verstärkte Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen, die die Verteilungsgerechtigkeit vergrößert.

Nachhaltigkeit erfordert ein Bildungssystem, das jungen Menschen die Chancen einer beruflichen Zukunft eröffnet und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Bildung muß als Gut an sich für eine demokratische Gesellschaft begriffen werden, das den Menschen nicht als „Humankapital“ zum bloßen Standortfaktor verringert.

Nachhaltigkeit erfordert, daß Schluß gemacht wird mit der Schuldenanhäufung zu Lasten künftiger Generationen. Die notwendigen Aufgaben des Staates müssen solide und stetig mittels Einnahmen finanziert werden. Soziale Gerechtigkeit verlangt, daß die unsoziale Schieflage im Steuersystem beseitigt wird. Das Steuersystem muß vereinfacht, untere und mittlere Einkommen müssen spürbar entlastet, hohe Einkommen und Vermögen gerecht besteuert werden.

Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe. Die Bundesrepublik muß ihrer Verantwortung für den internationalen Klimaschutz ebenso gerecht werden wie für Armutsbekämpfung und Krisenprävention. Ein Land, das von Freunden umstellt ist, muß seine Militärausgaben durch Abschaffung der Wehrpflicht, eine Reduzierung der Bundeswehr und den Verzicht auf teure neue Waffen drastisch senken.

Wir brauchen eine Reform des Staatsbürgerrechts. Es verletzt alle demokratischen Grundsätze, daß Millionen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin die Bürgerrechte vorenthalten werden. Ihnen darf nicht länger die Staatsbürgerschaft verweigert werden. Flüchtlingen muß der Schutz der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention im vollen Umfang gewährt werden.

Demokratie und die Verteilung von Lebenschancen dürfen keine Frage des Geldes, der Nationalität, des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung sein.

### **Arbeitslosigkeit bekämpfen**

Ein neues Bündnis für Arbeit, in dem Tarifparteien, Regierung und Arbeitslosenverbände gemeinsam an der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit arbeiten, muß eine der ersten Aufgaben einer rot-grünen Regierung sein. Politik allein kann Massenerwerbslosigkeit nicht überwinden. Den Tarifpartnern kommt bei der gerechten Verteilung der Arbeit und der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit eine zentrale Rolle zu. Die Politik muß dafür endlich die Rahmenbedingungen setzen.

Eine Politik der intelligenten Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern beinhaltet auch die Möglichkeit, Erwerbsarbeit sowie Haus- und Familienarbeit gerecht zu verteilen. Der Abbau von Überstunden, die Verkürzung von Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, die gezielte Förderung von Modellen zur Alters- und Berufsanfängerteilzeit sowie die Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen auf allen Qualifikationsniveaus sind unver-

zichtbar. Die zulässige wöchentliche Regelarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz soll auf 40 Stunden gesenkt werden. Hierbei ist den tariflich vereinbarten flexiblen Arbeitszeitmodellen Rechnung zu tragen. Für Arbeitszeitverkürzung soll über ein Bonus-Malus-System bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung ein Anreiz geschaffen werden. Betriebe mit vielen Teilzeitarbeitsplätzen werden so bevorzugt.

Um Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen und Lohneinbußen zu vermeiden, müssen untere und mittlere Einkommensgruppen durch eine Steuerreform entlastet und die Sozialversicherungsbeiträge umgehend gesenkt werden.

Wir setzen den Schwerpunkt auf präventive und aktive Arbeitsmarktpolitik. Im Mittelpunkt unserer Arbeitsförderpolitik müssen Langzeitarbeitslose, Niedrigqualifizierte und insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluß stehen. Wir wollen die starren Grenzen zwischen „erstem“ und „zweitem“ Arbeitsmarkt auflösen. Aktive Arbeitsmarktpolitik muß Brücken zu regulären Beschäftigungsverhältnissen bauen.

Wir nehmen Jugendarbeitslosigkeit nicht hin. Sie ist ein Skandal. Gerade die großen Unternehmen dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung davonstellen, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl bereitzustellen. Um das Recht von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz sicherzustellen, fordern wir unverzüglich eine Ausbildungsplatzumlage. Für erwerbslose Jugendliche muß ein Recht auf Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierungsmaßnahmen nach spätestens sechs Monaten bestehen. Der gleichberechtigte Zugang für Mädchen zum Ausbildungsmarkt muß sichergestellt werden.

Immer mehr Menschen sind gezwungen, als Scheinselbständige oder geringfügig Beschäftigte ohne Sozialversicherungsschutz zu arbeiten, zum Teil ohne Aussicht auf existenzsichernde Einkommen. Diese prekären Erwerbs- und Beschäftigungsmuster müssen arbeits- und sozialversicherungsrechtlich abgesichert, finanzielle und steuerliche Diskriminierungen müssen abgebaut werden. Jede dauerhafte Beschäftigung muß sozialversichert sein.

### **Ökologie schafft Arbeit**

Wir wollen eine Offensive für ökologische Zukunftsmärkte, um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit grünen Ideen können schwarze Zahlen geschrieben werden, entstehen neue Branchen und Berufsbilder. Die Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahren zeigt: In der Umweltbranche sind in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsplätzen entstanden.

Vom ökologischen Wirtschaften werden viele High-tech-Umweltfirmen, aber wird auch das Handwerk profitieren. Der Einstieg in die ökologisch-soziale Steuerreform bringt einen Innovationsschub für nahezu alle wirtschaftlichen Bereiche.

Wir wollen umweltfreundliches Verhalten belohnen und Beschäftigung fördern. Arbeit muß billiger, Energie teurer werden. Sinkende Arbeits- und steigende Energiekosten fördern die Nachfrage nach Energiesparinvestitionen und ermöglichen ein preisgünstigeres Angebot. Wir wollen aus dem Aufkommen der Ökosteuer die Sozialversicherungsbeiträge nachhaltig senken. Bis zum Jahr 2002 soll der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge wieder deutlich weniger als 40 Prozent des Bruttolohns betragen. Damit steigen die Nettolöhne und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert sich. Das schafft Arbeit.

### **Mehr Demokratie in der Wirtschaft**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mitentscheidungsmöglichkeiten abhängig Beschäftigter stärken und den Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben mehr Schutz vor unternehmerischen Fehlentscheidungen verschaffen. Mehr Schutz ergibt sich aus mehr Mitbestimmung. Mehr Mitbestimmung bedeutet bei kleineren Betrieben aber auch die Übernahme von mehr Mitverantwortung für die Entwicklung des Betriebes.

Mit einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes soll den Beschäftigten und ihren betrieblichen Interessenvertretungen ein erweitertes Informations- und Beteiligungsrecht eingeräumt werden.

Verstärkt gehen Unternehmen dazu über, geltendes Recht zu brechen, indem sie sich nicht an tarifvertragliche Vorschriften halten und Betriebsräte unter Druck setzen, tarifwidrige Betriebsvereinbarungen abzuschließen. Statt diesen Rechtsbruch durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes noch zu legalisieren, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vielmehr ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zur Einhaltung von Tarifverträgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die ersatzlose Streichung des § 116 AFG, der die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften drastisch einschränkt.

Die Tarifautonomie ist ein wichtiges Element demokratischer Mitgestaltung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Bemühungen, den Flächentarifvertrag als wesentliches Element einer solidarischen Lohnpolitik zu erhalten und zukunftssicher auszugestalten.

Der Aufbau selbstverwalteter und genossenschaftlicher Unternehmen muß begünstigt und eine geeignete Rechtsform geschaffen werden.

### **Soziale Gerechtigkeit neu begründen**

Wir wollen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem beseitigen. Steuervereinfachung führt zu mehr Steuergerechtigkeit. Untere und mittlere Einkommen werden spürbar entlastet. Hohe Einkommen und Vermögen werden gerecht besteuert. Das Steuersystem muß vereinfacht werden: Zahlen alle, zahlen viele weniger.

Wir wollen das Kindergeld für jedes Kind auf 300 DM erhöhen. Mit einer Einkommensteuerreform wollen wir den Eingangssteuersatz von 25,4 Prozent auf 18,5 Prozent senken, den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 45 Prozent. Einkommen bis 15.000 Mark (30.000 Mark für Paare) jährlich werden steuerfrei gestellt. Aufwendungen der Steuerpflichtigen für die Risikoversorge (Sozialabgaben, private Alters- und Krankenversicherung) sollen bis zur maximalen Höhe der gesetzlichen Sozialversicherungen steuerfrei gestellt werden. Wir wollen künftig alle Einkommen gleich behandeln - durch einen Abbau von Steuervergünstigungen und die schrittweise Abschaffung des Ehegattensplittings. Nachtzuschläge müssen hingegen weiterhin steuerfrei, eine Entfernungspauschale für die Fahrt zum Arbeitsplatz muß steuerlich abzugsfähig bleiben - ebenso tatsächliche Versorgungsleistungen für Lebenspartner.

Wir wollen die Schuldenanhäufung zu Lasten künftiger Generationen verringern. Wir wollen unsinnige Staatsausgaben abbauen. Zentrale Einsparfelder sind der Militärhaushalt, ökologisch unsinnige Großprojekte im Verkehrsbereich und unsinnige Subventionen in einzelnen Branchen.

Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wollen wir zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung zusammenfassen. Die Grundsicherung macht Schluß mit der Diskriminierung Bedürftiger durch Einzelleistungen. Sie beendet die Unterhaltspflicht über mehrere Generationen. Mit der Pauschalierung von Leistungen sorgt sie für Verwaltungsvereinfachung. Die Grundsicherung muß eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Die Mehrkosten der Grundsicherung wollen wir durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch eine Reform der Erbschaftssteuer finanzieren.

Sinkende Reallöhne und ein nicht ausreichender Familienlastenausgleich haben eine Schicht entstehen lassen, die trotz Erwerbsarbeit arm ist. Diesen Menschen wäre nicht gedient, wenn per „Lohnabstandsgebot“ die Sozialleistungen auf ein noch niedrigeres Niveau festgeschrieben würden. Vielmehr gilt es, die kleinen Einkommen zu verbessern: bei der Lohnhöhe, durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und durch steuerliche Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuerreform.

Ohne eine Reform unseres Rentensystems sind die Renten nicht sicher und nicht gerecht. Die immer unstetiger werdenden Erwerbsverläufe und die Veränderungen in der Altersstruktur erfordern eine grundlegende Rentenreform.

Wir wollen künftig Bildungs- und Weiterbildungsphasen, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Kindererziehungszeiten verbessert anerkennen. Niedrige Rentenbeiträge, etwa aufgrund von Teilzeitbeschäftigung, werden so aufgestockt, besonders „schlechte“ Versicherungsjahre werden ausgeklammert. Frauen erwerben so (höhere) eigenständige Rentenansprüche, denn die bisher „frauentypische“ Erwerbsbiographie wird zur Norm.

Zur Verhinderung von Altersarmut wollen wir in die Rente einen existenzsichernden Mindestsockel in Höhe der Grundsicherung einziehen.

Das Anwachsen von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und von Scheinselbständigkeit muß aufhören. Jede dauerhafte Beschäftigung muß künftig sozialversichert sein. Die Kürzungen der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall müssen rückgängig gemacht werden.

Die Förderung der Gesundheit ist unser primäres gesundheitspolitisches Anliegen. Die solidarische Absicherung aller Risiken im Krankheitsfall, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist ein Grundpfeiler des Sozialstaates. Den Weg in die Zweiklassenmedizin lehnen wir ab. Krankenkassen sind nicht über mehr Zuzahlungen zu sanieren. Wir wollen eine patientennahe Versorgung durch integrierte, kooperative und berufsübergreifende Angebote erreichen. Ambulante und stationäre Gesundheitsdienste müssen vernetzt werden.

### **Zukunft gestalten durch Bildung und Wissenschaft**

Bildung entscheidet in einer Gesellschaft, die zunehmend auf Information und Wissen aufbaut, maßgeblich über soziale Chancen und die Möglichkeiten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Bildung und Wissenschaft sind zentrale Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit, ökologische Reformen und die Entwicklung einer solidarischen Zivilgesellschaft. Die verkrusteten Strukturen in Bildung und Wissenschaft und ihre chronische Unterfinanzierung gefährden die Zukunft unserer Gesellschaft. Hochschulen sind überlastet. Fortbildung und Umschulung wurden zusammengestrichen. Zügige und tiefgreifende Reformen sind unerlässlich.

Bildung als lebenslanger Prozeß ist nicht nur für die beruflichen Chancen maßgeblich, sondern auch Voraussetzung für Selbstbestimmung und die Fähigkeit, das eigene Leben und die gesellschaftliche Entwicklung verantwortungsbewußt zu gestalten. Daher wollen wir das Recht auf Bildung für alle in allen Lebensphasen sicherstellen.

Die Bundesrepublik braucht bestens ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, will sie den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Das Studium darf nicht an sozialen Barrieren scheitern. Wir wollen eine bedarfsgerechte und elternunabhängige Studienförderung, die nicht von der sozialen Herkunft und Nationalität der Studierenden abhängt. Wir lehnen Studiengebühren ab und werden den Zugang zu den Hochschulen weiterhin offen gestalten.

Wir wollen, daß das Bildungssystem den Bedarf der Gesellschaft nach lebenslangem Lernen aufgreift. Mit der Entwicklung neuer Berufsbilder wollen wir die Arbeitswelt von morgen gestalten.

## **Mut zum Wechsel**

Politikverdrossenheit ist die falsche Antwort auf die von oben gewollte Lähmung der Gesellschaft. Wir wollen diese Lähmung aufbrechen. Es macht uns zuversichtlich, daß viele Kräfte der Gesellschaft alles andere als gelähmt sind.

Gewerkschaften, Initiativen und Kirchen engagieren sich gemeinsam für die Lösung der sozialen Probleme des Landes. Streiks und Demonstrationen verhinderten die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Jugendliche leisten freiwillig soziale Jahre. Sie beteiligen sich an Sitzblockaden gegen Atommülltransporte, engagieren sich im Umweltschutz oder für humanitäre Projekte. Sie demonstrieren für bessere Bildungschancen, mehr Mitbestimmung und bringen mit ihren Streiks Bewegung in die erstarrten Hochschulen.

Obdachlose machen Zeitungen, Erwerbslose gründen Gemeinschaften. Menschen jeden Alters schützen mit ihrer Zivilcourage die Menschenrechte Verfolgter. Kampagnen, wie etwa gegen die Landminen, haben inzwischen internationale Abkommen erzwungen.

Die Gesellschaft ist den politischen Institutionen vielfach weit voraus: Kreative Unternehmer und Gewerkschafter erproben neue Arbeitszeitmodelle und damit die Umverteilung von Arbeit und Arbeitseinkommen auf alle. Arbeiter und Angestellte vor allem in Ostdeutschland retten ihre Betriebe und ihre Arbeitsplätze durch Unternehmensbeteiligungen - ohne auf große Vorbilder oder Vordenker zu warten.

Eine neue Politik muß diese Energie, diese Tatkraft aufnehmen. Sie muß den Mut aufbringen zum Unkonventionellen, zum Brückenschlag, zum Experiment, zum Neuen. Eine neue Politik muß den Mut haben, Probleme anzusprechen statt sie mit Schweigen oder mit abenteuerlichen Finanzkonstrukten zu vertagen.